

RÜCKBLICK AUF DEN LANDESPARTEITAG

Sebastian Hartmann und Nadja Lüders

im Interview



Nach langen Vorbereitungen und intensiver Arbeit liegt der Landesparteitag nun hinter Euch. Seid Ihr mit dem Ergebnis zufrieden?

Sebastian Hartmann: Ja. Wir haben in Rekordzeit offene Fragen angepackt und in einem mitgliederoffenen Prozess „Rot pur“ Klärungen des sozialdemokratischen Profils herbeigeführt. Beispielsweise ein neues Steuer- und Finanzkonzept, wie Wohnen wieder bezahlbar wird und die Stärkung der solidarischen, umlagefinanzierten Rente zeigen Positionen der NRWSPD, für die wir neue Mehrheiten gewinnen wollen.

Nadja Lüders: Absolut. Ich weiß genau, dass sich ganz viele Genossinnen und Genossen an der Basis so deutliche sozialdemokratische Botschaften gewünscht haben – gleiches gilt übrigens auch für mich selbst. Besonders freue ich mich, dass die Ergebnisse des Landesparteitages nicht im Elfenbeinturm entstanden sind, sondern im Austausch mit unseren örtlichen Gliederungen und ihren engagierten Mitgliedern.

In der Presse hat man viel vom „Linksruck“ der Partei gelesen. Ist das Eurer Meinung nach eine passende Beschreibung für den neuen Kurs der NRWSPD?

Nadja Lüders: Wir müssen ein neues Band der Solidarität durch unsere Gesellschaft spannen, wenn wir Gerechtigkeit erreichen und ein weiteres Auseinanderdriften verhindern wollen. Die NRWSPD hat nun ausführlich beantwortet, wie wir einerseits persönlichen Aufstieg durch

Bildung und gute Arbeit ermöglichen werden, und andererseits auch für soziale Absicherung sorgen wollen. Und vor allem haben wir mit unserem Steuerkonzept gezeigt, dass wir uns bei Fragen der Umverteilung nicht wegducken. Die Presse kann das dann gerne „Linksruck“ oder „-schwank“ nennen, mir bedeuten Haltung und Inhalte mehr als öffentliche Labels. Auf diese Lockspielchen sollten wir uns nicht einlassen. Wir haben einen ganz klaren sozialdemokratischen Plan, und für den müssen wir werben. Und im besten Fall sind wir beim Werben so erfolgreich, dass wir als nächste Landesregierung diesen Plan dann auch umsetzen können.

Sebastian Hartmann: Wenn sechs Leitanträge, zwei Kommissionen zu Rente und Wohnen, die Kommunalwahlvorbereitung und anderthalb Jahre intensive Arbeit auf Landesebene auf ein simples Links-/Rechtschema reduziert werden, überrascht das. Die SPD ist die linke Volkspartei und die NRWSPD ihr stärkster Teil. Konsequente Politik für die große Mehrheit im Land, die solidarische Mitte, von bezahlbarer Wohnung, guter Arbeit und Rente bis hin zum gerechten Bildungssystem und fairen Steuern kann nur eine linke, sozialdemokratische Politik sein. Wenn wir damit die Überschriften setzen, ist das gut.

So viele Anträge wie in diesem Jahr sind noch nie auf einem Parteitag der NRWSPD verabschiedet worden. Wie geht es jetzt weiter? Was sind die nächsten Schritte?

Sebastian Hartmann: Die Phase der Klärungen und Positionierungen ist mit dem Landesparteitag durch einen deutlichen roten Punkt abgeschlossen. Jetzt heißt es, für diese Ideen werben und neue Mehrheiten gewinnen. Das wird zur Kommunalwahl 2020 die erste Herausforderung sein. Aus langen Anträgen müssen kurze und präzise Forderungen werden. Wie bekommen wir die Mieten in den Griff, organisieren wir Zugang zu Arbeit durch Solidarität, bauen wir die Schulen um? Die NRWSPD wird nicht als Dauerbaustelle gewählt, sondern für Positionen und Vorhaben. Die Phase der Selbstverzweigung und kleinlichen Selbstzweifel ist angesichts der Gurkentruppe schwarz-gelb oder Laschets Pleiten-Landesregierung fehl am Platze.

Nadja Lüders: Die inhaltlichen Beratungen waren für uns ein Selbstfindungsprozess, der nun auch mal zu Ende sein muss. Ab jetzt müssen wir unsere Botschaften in die Welt tragen, und das über alle uns zur Verfügung stehenden Kanäle. Im Übrigen aber auch nach „innen“: Ich

möchte erreichen, dass keine Genossin und kein Genosse mehr lange überlegen muss, wofür die SPD denn eigentlich steht. Wenn unsere Mitglieder überzeugt von unserem politischen Kurs sind, dann werben sie viel eher und lieber auch im Gespräch mit ihrer Familie, ihren Freundinnen und Bekannten für die Sozialdemokratie, oder halten auch mal dagegen. Und dieser klassische „Mundfunk“ ist nicht weniger wichtig als soziale sowie „klassische“ Medien.

Mit der Kommunalwahl im nächsten Jahr steht die NRWSPD vor einer großen Bewährungsprobe. Kurz und knapp: Warum lohnt es sich, 2020 die SPD zu wählen?

Sebastian Hartmann: Wer ein solidarisches Land und eine Gesellschaft will, die zusammenhält, wählt die SPD. Wir investieren sozial gerecht finanziert, haben Respekt vor allen Menschen und ihrer Leistung und treten konsequent für starke, komplett schuldenfreie Kommunen ein.

Nadja Lüders: Weil unsere kommunalen MandatsträgerInnen vollkommen unerschrocken jede noch so große Herausforderung anpacken. Die SPD verteidigt die wichtigen Errungenschaften in unseren Gemeinden, wie z. B. Kultureinrichtungen, soziale Beratungsstellen oder Angebote für Kinder und Jugendliche. Wer für CDU, FDP oder die Grünen stimmt, der setzt gleichzeitig den Rotstift an Lebensqualität vor der Haustür. Wir hingegen überzeugen zuhause. ■



NRW JUSOS: EINE GUTE GEMEINDE FÜR EIN GUTES LEBEN

Sie rücken unaufhaltsam näher: Die Kommunalwahlen in den Städten und Gemeinden unseres Bundeslandes im kommenden Jahr. Seit diesem Sommer entwickeln die NRW Jusos Ideen und Visionen für die Kommunen der Zukunft. Dazu haben sich über 60 Jusos im Sommer zu einem viertägigen Kommunalcamp zusammengefunden. Die Aufgabe, die die Teilnehmenden in kleinen Gruppen lösen mussten: Bastelt eure Stadt der Zukunft, im Miniaturformat auf 4 Quadratmetern aus Pappmaché – und denkt in Visionen. Durch das Basteln entstanden

viele Ideen, die zunächst diskutiert und dann auf der Juso-Landeskonferenz beschlossen wurden. Der Beschluss ist kein fertiges Kommunalwahlprogramm. Dafür sind die Kommunen in NRW zu unterschiedlich. Aber es finden sich viele Ideen wieder, mit der jungen Menschen angesprochen werden.

Dabei ist der öffentliche Personennahverkehr zentral, denn gerade bei vielen jungen Menschen verliert das Auto zusehends an Bedeutung. Der Wunsch nach einem stärker ausgebauten ÖPNV, der von der öffent-

lichen Hand getragen wird, ist spürbar – in den Städten, aber gerade auch im ländlichen Raum. Generell braucht es eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schwimmbäder, Bibliotheken, Museen und Theater: das alles muss im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden. Für die Jusos ist längst klar: Es muss Schluss sein mit dem neoliberalen Dogma „privat vor Staat“. Der Geldbeutel soll nicht darüber entscheiden, ob man am kulturellen und damit auch am öffentlichen Leben teilhaben kann. Denn genau das ist zentraler Baustein für Aufstiegschancen.

Bei den Wahlen kommt es aber nicht nur auf die Inhalte an – auch auf die Kandidierenden! Politik für junge Leute heißt eben auch: Politik von jungen Leuten. Das Ziel ist somit klar: Mit starken Programmen und vielen jungen Kandidierenden wollen die NRW Jusos bei den Kommunalwahlen vorne mitmischen. ■





3 MAL KURZ UND KNAPP

mit **Kornelia Rennert**

Warum hast Du Dich entschieden, in die SPD einzutreten?

Ich bin schon mein ganzes Leben lang ein politisch sehr interessierter Mensch. Als Jugendliche war ich inhaltlich gar nicht so weit weg von der Sozialdemokratie, einen Parteieintritt habe ich aber nie in Erwägung gezogen. Auch damals gab es in der Partei schon prominente Positionen und Entscheidungen, von denen ich mich möglichst weit distanzieren wollte. Heute weiß ich, dass das Nicht-Engagement von allen, die so oder ähnlich wie ich gedacht haben, genau diesen Positionen die Durchsetzung sogar noch erleichtert hat. In allen Parteien. Unsere Gesellschaft hat sich immer weiter vom sozialen Gleichgewicht entfernt, statt sich ihm weiter anzunähern. Gleiches gilt für zukunftsfähige Umwelt-, Wirtschafts- und Europapolitik. In den letzten Monaten sehe ich in der SPD allerdings Entwicklungen, die mich hoffen lassen. Vielleicht kann dieses neoliberale Rad doch noch einmal Richtung sozialer Gerechtigkeit und echter sozialdemokratischer Politik zurückgedreht werden. Diese Entwicklungen möchte ich mit meinem Parteibeitritt unterstützen.

Kornelia Rennert hat am 31. August ihren Online-Antrag zur Aufnahme in die SPD abgesandt. Sie sagt selbst, wenn ihr das jemand zu Beginn des Jahres prophezeit hätte, wäre er von ihr ausgelacht worden. Aber sie findet, dass es gute Gründe gab, ihre Meinung zu ändern.

Welche Erwartungen hast Du an die neuen Parteivorsitzenden?

Ich versuche, meine Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Die Führung und Weiterentwicklung einer Partei von mehreren hunderttausend Mitgliedern ist auch für zwei Parteivorsitzende alles andere als leicht. Selbst in Wirtschaftsunternehmen, die in der Regel wesentlich stärker hierarchisch strukturiert sind als Parteien, sind Strategieentwicklung und Change Management die schwierigsten Aufgaben überhaupt. Das geht nicht nur von oben nach unten, da müssen von allen Ebenen sehr viele konstruktive Beiträge und viel Engagement kommen. Ich habe also nicht nur Erwartungen an die Vorsitzenden, sondern auch an uns Mitglieder. Wir alle müssen für sozialdemokratische Grundwerte einstehen und dies auch kommunizieren und durchhalten. Und wenn Kompromisse eingegangen werden, dann sollten sie bitte nur ein Zwischenschritt und nicht plötzlich die beste aller Möglichkeiten sein.

Wie möchtest Du Dich in die Partei einbringen?

Ehrlich gesagt weiß ich das noch nicht so genau. Ich kenne die Parteistrukturen, die Möglichkeiten und den Bedarf noch zu wenig, außerdem bin ich in Vollzeit berufstätig. Augenblicklich schaue ich mich vor allem erst einmal um. Im Unterbezirk in Solingen, zu dem ich gehöre, aber ich war beispielsweise auch beim Neumitgliederseminar in Köln, beim NRW-Landesparteitag in Bochum und bei der Vorstellung der Vorsitzendenkandidaten in Duisburg. Dieses Interview ist mein erster aktiver Beitrag, abgesehen von der Stimmabgabe bei der Vorsitzendenwahl natürlich. Ich bin also gespannt auf die Entwicklungen, die das nächste Jahr bringen wird. ■

TABUTHEMA SCHULDEN: WARUM WIR EINE REFORM DER SCHULDNERBERATUNG BRAUCHEN



Schulden gelten als Tabuthema. Dabei ist jeder Zehnte in Deutschland von Überschuldung betroffen. Unsere Landtagsabgeordnete Inge Blask war mehrere Jahre in der Schuldnerberatung tätig und setzt sich für eine grundlegende Reform der Schuldnerberatung in NRW ein.

Über Schulden wird in unserer Gesellschaft wenig gesprochen. Dabei sind erstaunlich viele Menschen von dem Problem betroffen. Woran liegt das?

Inge Blask: Viele Leute denken: Wer Schulden hat, ist selbst schuld. Das ist aber grundlegend falsch. Verschuldung betrifft alle Bevölkerungsgruppen. Oft stecken sehr persönliche Schicksale dahinter, wie der Tod des Partners, Krankheit oder Berufsunfähigkeit. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, die in Teilzeit arbeiten. Manche verschulden sich aber auch durch eine Hausfinanzierung, andere durch eine gescheiterte Existenzgründung.

Welche Hilfsangebote erhalten Menschen derzeit mit Schuldenproblemen?

Inge Blask: Es gibt Schuldnerberatungen in den Kommunen. Das Problem ist aber: die Leute müssen manchmal bis zu sechs Monate auf einen Termin warten, wenn sie sich freiwillig dort melden. Nur Menschen mit einem Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung, wie zum Beispiel ALG-II-Empfänger, können auf schnelle Hilfe hoffen. Das muss sich ändern. Es kann ja

nicht sein, dass jemand erst arbeitslos werden muss, um Hilfe zu bekommen. Deshalb wollen wir den Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung deutlich ausweiten.

Das heißt, es gibt in erster Linie zu wenig Geld, das in die Beratungsstellen fließt?

Inge Blask: Nicht nur das. Es gibt auch ein strukturelles Problem. Das Land ist für die Insolvenzberatung zuständig. Für die Schuldnerberatung hingegen die Kommune. Diese Trennung macht fachlich überhaupt keinen Sinn. Im Gegenteil: Sie verhindert ein ganzheitliches Beratungskonzept. In Bayern ist man den richtigen Weg gegangen und hat die Zuständigkeiten zusammengelegt. Und darüber hinaus auch die Zuschüsse erhöht. Das fordern wir auch in NRW. Denn im Moment sind viele Kommunen mit der Finanzierung von Schuldnerberatungsstellen überfordert. Weil sie natürlich auch selbst verschuldet sind.

Gibt es denn auch positive Beispiele in NRW?

Inge Blask: Ja, zum Beispiel in Gelsenkirchen. Dort hat man zwar auch nicht mehr Geld, aber der akute Handlungsbedarf wurde erkannt. Nicht zuletzt, weil die Verschuldungsquote im Ruhrgebiet mit rund 20 % besonders hoch ist. In Gelsenkirchen gibt es deutlich mehr Angebote für die freiwillige Beratung. Außerdem macht die Stadt viel im Bereich der Schuldenprävention. Das beginnt schon in den Schulen, wo darüber aufgeklärt wird, was man bei der Unterzeichnung eines Mietvertrages beachten muss oder welche Kosten man bei der eigenen Haushaltsführung mit-einkalkulieren muss.

Was kann man noch dagegen tun, dass weniger Menschen in die Verschuldung geraten?

Inge Blask: Wir müssen das Problem ganzheitlich sehen. Verschuldung hängt mit vielen Problemen zusammen, wie zum Beispiel zu hohen Mieten, die dazu führen, dass am Ende des Monats kein Geld mehr übrigbleibt. Es geht aber auch darum, Banken in die Pflicht zu nehmen, die ihren Kunden teils systematisch mit unlauteren Methoden Kredite andrehen. Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit, der Armutsbekämpfung und der Solidarität muss sich diesem Thema deshalb auf allen politischen Ebenen – Bund, Land, wie Kommune – annehmen. Raus aus den Schulden kommen die Menschen nur, wenn wir sie mit einer guten und konsequenten Politik gegen Überschuldung unterstützen! ■